

## **Betreff: Kritik an geplanten Maßnahmen/Abänderung der Vereinbarungen betreffend Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst 2025/2026**

Sehr geehrter Herr Finanzminister Marterbauer,

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Pröll,

mit großem Interesse und ebenso großer Besorgnis verfolge ich die mediale Berichterstattung und Entwicklungen rund um die beabsichtigte Änderung bzw. das „Aufschnüren“ der Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst 2025/2026. Als Bundesvorsitzende der Freien Gewerkschaft Österreich - FGÖ möchte ich meine Bedenken in Bezug auf die geplanten Gesetzesänderungen und Auswirkungen auf sämtliche zukünftige Verhandlungsergebnisse zum Ausdruck bringen.

Der öffentliche Dienst in Österreich ist ein fundamentaler Bestandteil unseres Gemeinwesens, der täglich für das Wohl der Bevölkerung sorgt – sei es in der Verwaltung, im Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung aber vor allem auch im Sicherheitsbereich. Es ist unerlässlich, dass die Arbeitsleistung dieser Menschen nicht nur mit Worten, sondern auch durch eine angemessene Entlohnung anerkannt wird.

Die aktuelle Berichterstattung und mediale Äußerungen zur Gehaltsentwicklung für das kommende Jahr werfen jedoch ernsthafte Fragen auf:

1. **Unzureichende Gehaltserhöhungen:** Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, während die Gehälter nur schleppend (2025 entgegen dem allgemein Trend 0,3% unter Inflation mit der Vereinbarung dies 2026 0,3% über Inflation auszugleichen) angepasst wurden. Eine nicht ausreichende Gehaltserhöhung wird die Arbeitsmotivation und -qualität langfristig negativ beeinflussen.
2. **Unfaire Entlohnung im Vergleich zur Inflation:** Angesichts der hohen Inflation und steigender Lebenshaltungskosten muss die Gehaltsentwicklung mindestens mit der Teuerung Schritt halten, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu sichern und eine faire Entlohnung zu gewährleisten.
3. **Anerkennung der Arbeitsleistung:** Der öffentliche Dienst ist unter anderem für das Wohl und die Sicherheit der Bevölkerung zuständig. Eine geringe oder unzureichende Gehaltserhöhung würde das Engagement und die Wertschätzung für die geleistete Arbeit erheblich schmälern.
4. **Langfristige Folgen für die Qualität öffentlicher Dienstleistungen:** Sollte die Bezahlung des öffentlichen Dienstes weiterhin hinter den Erwartungen zurückbleiben, könnte dies zu einem Fachkräftemangel und einer Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitenden führen, was sich negativ auf die Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen auswirken würde.

### **Das Aufmachen des Gehaltsabschlusses bedeutet einen massiven Vertrauensbruch!**

Es wäre ein fatales Zeichen für zukünftige Verhandlungen. 2-Jahres-Abschlüsse wären völlig obsolet, wenn man sich nicht mehr auf Vereinbarungen verlassen kann. Kein Verhandlungspartner würde einem Kompromiss zustimmen, da zu befürchten ist, dass sich die Seite, die zuerst nachgegeben hat, auf die Einhaltung der Versprechen der anderen Seite

nicht verlassen kann! Das Aufschnüren des 2-Jahres-Abschlusses halte ich für einen absoluten Vertrauensbruch, welcher in der Zukunft auch nicht mehr gutzumachen ist!

Ich appelliere daher dringend an Sie, die geplanten Maßnahmen zu überdenken und sicherzustellen, dass eine faire, angemessene Entlohnung für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes gewährleistet ist und auf Vereinbarungen und Verhandlungsergebnisse vertraut werden kann.

Es liegt im Interesse aller, dass der öffentliche Dienst nicht nur in seiner Struktur, sondern auch in der Entlohnung gestärkt wird, um die Qualität öffentlicher Dienstleistungen aufrechterhalten zu können. Ich weise in diesem Zusammenhang wiederholt darauf hin, dass eine Gehaltserhöhung in Form eines pensionsberechtigten, in der Höhe gleichen Fixbetrages für **alle** Bediensteten wesentlich gerechter wäre, da die Teuerung im Bereich der Lebenserhaltungskosten **alle** (unabhängig der Einkommensverhältnisse) in gleicher Weise betrifft.

Ich hoffe, dass Sie als Verantwortliche die Bedeutung dieser Thematik erkennen und sich für eine Lösung einsetzen, die sowohl den Beschäftigten als auch der Allgemeinheit zugutekommt.

Mit freundlichen Grüßen,  
NAbg. Irene Eisenhut

Bundsvorsitzende der FGÖ

Freie Gewerkschaft Österreich

Irene Eisenhut  
Bundsvorsitzende der FGÖ  
Tel. 0660/5753438

Florianigasse 16/8  
1080 Wien  
[fgoe@fgoe.at](mailto:fgoe@fgoe.at)